

Dritter Bericht über unsere Arbeit in Berlin und in der DDR

Juni 1984

Unseren letzten Bericht haben wir mit der Frage beendet, ob sich die Entspannungensätze, die in der DDR das Lutherjahr geprägt haben, bis in das Jahr 1984 hinein ausdehnen würden. Diese Frage läßt sich aber nicht positiv beantworten.

1984 hat unter ganz anderen Vorzeichen angefangen als 1983, nämlich unter dem Zeichen der Stationierung von Atomraketen auf beiden Seiten der Elbe und der damit verbundenen Verschlechterung der internationalen Lage. Trotz regen "Polittourismus" in die DDR und plötzlichen Interesses von Seiten der CDU/CSU Politiker für freundliche Nachbarschaft, trotz Millionenkredits und mit etwas verkraempfter Begeisterung begrüßter "Ausreisewelle", trotz alledem ist der Zustand der Ost-West Beziehungen eine Stufe kälter geworden. Seit mehrere Personen in der DDR nach einem Besuch in die ständige Vertretung der BRD in Ost-Berlin wegen Weitergabe von Information verhaftet worden sind, wird in Bonn beklagt, es gäbe in der ständigen Vertretung keine Kunden mehr, auch nicht für harmlose Angelegenheiten wie Erbschaften oder Ähnliches, das Büro könne bald, wenn es so weitergeht, dicht machen.

In der DDR selbst ist die Stimmung ziemlich zurückhaltend und besorgt. Nach dem Scheitern der Genfer Verhandlungen nimmt der Staat alle Dialogmöglichkeiten mit Westeuropa und besonders der BRD wahr. Innenpolitisch wird aber viel mehr Geschlossenheit gefordert und weniger Toleranz geübt mit gesellschaftlichen Randgruppen.

Was die Kirche speziell angeht, kann man feststellen, daß das Lutherjahr die partnerschaftliche Arbeit mit dem Staat verstärkt hat, daß die Kirche dadurch anerkennt und gewürdigt worden ist. Sie wird als wichtiger, ernster und dialogfähiger Bündnispartner angesehen (wie zum Beispiel kulturell in der neuen Lutherwürdigung seitens marxistischer Historiker deutlich zu sehen war) und hat ihren Platz in der atheistischen Gesellschaft gesichert.

Die bisherige Entwicklung zeigt aber, daß von der Kirche auch mehr innere Geschlossenheit gefordert wird. Sie soll ihre Position gegenüber gesellschaftlichen Randgruppen klären. Das heißt zum Beispiel, daß die Friedens- und Umweltaktivitäten, die offenbar unter dem Dach der Kirche ablaufen, toleriert werden, daß aber die anderen mit Problemen rechnen müssen.

Andererseits sind im Moment die Beziehungen zur EKD eher kalt und problematisch, was noch anlässlich der Barmen Feier Ende Mai deutlich zu spüren war, wo ein Streit deswegen entstanden ist, weil die DDR-Delegierten sich nicht gefallen ließen, daß in der Interpretation von Barmen ein Vergleich zwischen der Hitlerdiktatur und dem real existierenden Sozialismus gemacht wird. Die EKD scheint die klare Meinungsäußerung<sup>1)</sup> damals in Worms (November 83, Lutherjubiläum) gegen die Stationierung in der BRD von amerikanischen Atomraketen etwas beleidigt zu haben.

Diesen Bericht haben wir in zwei Teile gegliedert. Im ersten Teil befassen wir uns mit aktuellen Themen der DDR-Gesellschaft, im zweiten mit einem kirchlichen Problem, das sehr eng mit der neuen Lage 1984 zusammenhängt. Ganz am Schluß berichten wir noch kurz über eine Studienreise nach Ungarn.

## I. Gesellschaftlicher Teil

In diesem Teil möchten wir einige aktuelle gesellschaftliche Probleme der DDR nennen und zu verstehen versuchen. Anschließend werden wir ein paar Bemerkungen über die sogenannte "Ausreisewelle" machen.

### 1. Das mangelnde Interesse für das öffentliche Leben

Das "gesellschaftliche Engagement" hat im Leben in der DDR einen wichtigen Platz. Die Schüler werden danach beurteilt,

---

1) von Bischof Hempel, Präsident der Konferenz der evang. Kirchenleitungen der DDR

die Bürger damit gekennzeichnet. Damit ist natürlich formal die Mitgliedschaft in einer Massenorganisation wie FDJ, Gewerkschaft und Partei, sowie die Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen gemeint, aber auch das inhaltliche Engagement, das Verantwortungsbewußtsein eines Bürgers für sein Land. Und es sieht tatsächlich so aus, daß die sozialistische Form der Demokratie auf der Teilnahme aller Bürger am gesellschaftlichen Leben beruht, mehr, daß sie ohne diese Teilnahme unvollkommen funktioniert.

Nun, wer sich einige Zeit in der DDR aufhält, merkt ziemlich schnell, daß viele unbefriedigende Sachen darauf zurückzuführen sind, daß dieses Engagement fehlt. Die Folge davon ist, daß demokratische Prozesse nicht mehr funktionieren, und daß sowohl Außenstehende wie auch Bürger der DDR den Eindruck haben können, als sei die Deutsche Demokratische Republik nicht "wahrhaftig demokratisch".

Anhand des Beispiels der am 6. Mai ausgeführten Kommunalwahlen möchten wir diese Tatsache verdeutlichen, dann werden wir versuchen, nach den Ursachen für diese Haltung eines großen Teiles der Bevölkerung zu fragen.

In der DDR haben Wahlen nicht die Funktion, den politischen Kurs des Landes festzulegen, dieser wird von der SED bestimmt. Sie haben viel mehr den Sinn, die vollzogene und geplante Politik zu bestätigen. Die Nationale Front (dh. Zusammenschluß aller Parteien und gesellschaftlichen Organisationen) spielt bei deren Vorbereitung und Durchführung eine wesentliche Rolle. Von den Ausschüssen der Nationalen Front werden auf allen Ebenen Kandidatenlisten zusammengestellt, die in der Öffentlichkeit diskutiert, anschließend zur Wahl gestellt<sup>werden</sup>. Alle Kandidaten verpflichten sich auf ein gemeinsames Programm der Nationalen Front, unabhängig davon, ob sie einer Partei oder Massenorganisation angehören oder als nichtorganisierte Kandidaten in die Liste aufgenommen werden. Dem Wähler wird dann die Einheitsliste der Nationalen Front vorgelegt. Diese Liste kann der Wähler annehmen, ablehnen oder durch Streichungen verändern. Gewählt sind die Kandidaten in der Reihenfolge, in der sie auf dem Wahlvorschlag stehen, es sei denn, ein Kandidat wird von mehr als 50% der Wähler gestrichen. In der Regel wird

offen abgestimmt, die Wahlkabinen werden selten benutzt.

Kann man und soll man daraus folgen, daß die Wahlen in der DDR nichts anderes als eine Farce, eine hohle Imitation demokratischer Vorgänge sind ?

Es ist unserer Meinung nach nicht richtig, das Funktionieren der sozialistischen Demokratie an unserem herkömmlichen System der parlamentarischen Demokratie zu messen. Denn wenn wir die Sache nur von diesem Standpunkt aus betrachten, dann vergessen wir folgende Tatsachen :

In der DDR wird viel mehr Wert auf die Vorbereitungen der Wahlen gelegt als auf die Wahlen selbst. In jedem Wahlbezirk findet in den Wochen vor dem Wahltag eine Wählerversammlung statt. In dieser Versammlung sollen die Vertreter des Volkes und die Kandidaten mit den Wählern ins Gespräch kommen, die einen, um von ihrer Tätigkeitsperiode Rechenschaft abzulegen, die anderen, um sich vorzustellen. Wenn bei dieser Gelegenheit zum Beispiel einem Abgeordneten vorgeworfen wird, seine Arbeit schlampig oder gar nicht gemacht zu haben, dann muß er sich verteidigen und kommt unter Umständen nicht mehr auf die Liste. Die Wähler können auch diese Gelegenheit nutzen, um bestimmte Leistungen und Verbesserungen von ihren Abgeordneten zu verlangen.

Außerdem wurde uns von einer neuen Maßnahme berichtet, die verhindern soll, daß Leute, die mit der Basis schlechte Kontakte haben, diese doch in den Kommunalgremien vertreten: der- oder diejenige, der/die sich als Kandidat/in vorstellen will, muß jetzt in manchen Betrieben zuerst eine gewisse Anzahl Unterschriften bei seinen/ihren Arbeitskollegen sammeln. Wenn nicht genug Unterschriften da sind, dann kann die entsprechende Person nicht auf einer Liste stehen.

Wenn diese "Wahlmechanismen" also funktionieren, dann kann das Volk, die Basis wirklich das Ergebnis der Wahlen bestimmen; übrigens scheint es dieses Jahr so gewesen zu sein, daß in Berlin relativ viele Kandidaten schon vor der Wahl durch andere Menschen ersetzt wurden, die einen besseren Kontakt zur Basis haben.

Dieses Konzept setzt aber eben voraus, daß alle Bürger sich daran beteiligen und auch sich verantwortlich fühlen. Das ist

aber leider nicht der Fall: an den Wählerveranstaltungen nimmt die Mehrheit nicht teil. Und während der Wahlperiode wird von den wenigsten die Gelegenheit genutzt, mit den Abgeordneten in Kontakt zu kommen. Außerdem geschieht in manchen Betrieben, daß der/diejenige, der/die sich bereit erklärt hat, sich als Kandidat/in vorzustellen, nicht die erforderliche Unterschriftenzahl bekommt, daß aber kein/e andere/r zu finden ist, der/die ihn/sie ersetzen will !

Noch eine Bemerkung zu den Wahlkabinen. In jedem Wahllokal befindet sich eine, die aber von den wenigsten benutzt wird. Schon oft haben wir gehört, die Leute würden sie eigentlich gerne benutzen, und ein paar Namen streichen, würden es aber aus Angst, schikaniert zu werden, nicht wagen. Inwiefern diese Angst berechtigt ist, ist schwer zu sagen. Manchmal wird der Name des Wählers erfragt, wir haben aber nie von einem konkreten Fall gehört, wo dies weitere Folgen gehabt hätte. Dazu nun eine etwas lustige Geschichte: Die fünf oder sechs Mitglieder einer Familie wollten von der Wahlkabine Gebrauch machen und waren zusammen zum Wahllokal marschiert, um sich gegenseitig Mut zu machen. Da geschah es aber zur allgemeinen Überraschung, daß sich alle dazu kommenden Wähler- wie erleichtert über dieses Beispiel- hinter der Familie in einer Schlange aufstellten, als sei es das Natürlichste der Welt !

Die Ursachen für die mangelnde Begeisterung, im öffentlichen Leben mitzumachen, sind vielerlei.

Einmal spielen die westlichen Medien eine erhebliche Rolle. Der ständig verachtende Ton in den Kommentaren über die DDR trägt nicht gerade dazu bei, in den DDR-Bürgern ein starkes Selbstbewußtsein zu erwecken. Im Gegenteil werden sie immer wieder daran erinnert, daß ihr Land nicht voll anerkannt wird, weil da "Unfreiheit" herrscht. Es geht nicht darum, diesen Einfluß der West-Medien zu übertreiben und für jedes Übel verantwortlich zu machen. Wer aber schon die Arroganz der westlichen Öffentlichkeit gegenüber der Demokratie à la DDR erlebt hat, kann diesen Aspekt nicht unterschätzen.

Dann sind andere Ursachen zu nennen, die in der DDR selbst zu finden sind.

1) In 35 Jahren hat sich die DDR so entwickelt, daß sie schon seit einiger Zeit als das reichste Land innerhalb der RGW gilt. Es gibt zwar, besonders in den kleinen Dörfern der "Provinz", Versorgungsprobleme, aber im großen und ganzen ist das Konsumangebot befriedigend.

Da aber die Arbeitsproduktivität doch noch zu wünschen läßt, werden die Arbeiter durch die Anschaffung von Luxusprodukten angeregt. Die in den letzten Jahren verbreitete Parole: "Leiste was, leiste Dir was" zeigt ziemlich deutlich, daß dem Konsum immerhin eine erhebliche Rolle zukommt. Eine immer größer werdende Zahl von Arbeitern besitzen bereits Auto und "Datscha" (nach dem russischen Wort für Wochenendhaus), schaffen sich immer neue Teile der Einrichtung an und ziehen sich so oft wie möglich in diese "friedliche" und ruhige Oase zurück.

Dieser weit verbreitete Lebensstil führt ganz eindeutig zu einer Privatisierung des Lebens. Es entsteht eine "Nischengesellschaft". Der einzelne ist nicht mehr in der Lage, für die Gemeinschaft und mit der Gemeinschaft zusammen eine Verantwortung zu tragen. Die Leute zu einem Kampf zu mobilisieren wird immer schwieriger: was sie unbedingt brauchen haben sie sowieso schon. Deshalb machen sie auch, brav aber schimpfend, die "Liturgie" der Wahlen mit, ohne von den vorhin erwähnten Möglichkeiten Gebrauch zu machen.

2) Das zweite Problem neben der Privatisierung tritt besonders bei der Jugend ein: eine gewisse Hoffnungslosigkeit, oder Resignation, wobei von vornherein gesagt werden muß, daß diese Haltung bei uns Jugendlichen der westlichen Welt viel radikaler zu finden ist. Aber auch die DDR hat mit diesem Problem zu tun. Sicherlich ist die Resignation insofern mit der Privatisierung verbunden, daß beide Haltungen Reaktionen gegenüber der Tatsache sind, daß nichts mehr zu bauen, praktisch nichts mehr zu erkämpfen ist. Die Generation derer, die heute zwischen 15 und 30 sind, ist in eine fertige Gesellschaft hineingeboren worden. Außerdem wurden ihr in der Schule die tollen Ideale der sozialistischen Gesellschaft beigebracht und

jetzt muß sie damit fertigwerden, daß es zwischen diesen Idealen und der widersprüchlichen Wirklichkeit eine gewisse Kluft gibt. Diese Kluft und die ziemlich gründliche Perspektivlosigkeit, etwas an der wachsenden Unsicherheit der weltlichen Situation ändern zu können, führen bei vielen jungen Menschen zum Desinteresse gegenüber den kleinen möglichen Schritten innerhalb der eigenen Gesellschaft.

Soweit die Ursachen des Mangels an Begeisterung von Seiten der DDR-Bevölkerung. Wichtig ist aber zu sehen, daß dieses "Schlechtfunktionieren" der Demokratie eine Art von Teufelskreis ist: je weniger sich die Bürger engagieren, desto schlechter funktioniert die Demokratie. Aber je schlechter die Demokratie funktioniert, desto deutlicher wird der Eindruck, als handle es sich in der DDR nicht wirklich um Demokratie. Gerade deswegen aber ist das Engagement so lauwarm !

## 2. Zur "Ausreisewelle"

Über die "Ausreisewelle" ist vermutlich auch in der Schweiz reichlich geschrieben und gesprochen worden. Wir möchten hier nicht ausführlich auf die möglichen Ursachen und Gründe für dieses in vieler Hinsicht überraschende Ereignis zurückkommen, sondern versuchen, seine Bedeutung für die heutige Gesellschaft der DDR ansatzweise zu verstehen. Damit möchten wir darauf aufmerksam machen, wie problematisch pauschale Deutungen dieses Vorgangs sind, wo doch die Führung der DDR sich darüber offiziell nicht geäußert hat. Was aber die offizielle Ebene betrifft, so muß daran erinnert werden, daß kurz vor der "Ausreisewelle" in der BRD -in Verbindung mit dem Milliardenkredit- von "menschlichen Erleichterungen in der DDR" die Rede war, insbesondere was die Zusammenführung der durch die deutsch-deutsche Grenze getrennten Familien betrifft.

In der DDR aber wurde diese plötzliche Öffnung der Grenzen für 30'000 Menschen sehr widersprüchlich empfunden.

Die einen begrüßten das Ereignis als nur gerechte Befreiung und nutzten prompt die Gelegenheit, um einen Antrag zu stellen, solange es noch große Erfolgchancen hatte.

Die anderen erlebten das massive Kofferpacken als eine sehr deprimierende Sache. Nicht selten hörten wir die Reaktion: "alle unsere guten Freunde sind weg, bald sitzen wir alleine da". Die Feststellung, daß sein eigenes Land sich leert, sobald die Möglichkeit dafür da ist, trägt nicht gerade dazu bei, das ohnehin schon bestehende Minderwertigkeitsgefühl der DDR-Bürger abzubauen.

Eine dritte Gruppe hat ihre Mißbilligung gegenüber den Ausreisenden ausgedrückt, mit dem Argument, es sei allzu leicht und egoistisch, das Boot zu verlassen, weil nicht alles bestens klappt. Denn gerade wegen der Unvollkommenheit vieler Sachen braucht die DDR jetzt Leute, die an der Verbesserung der Gesellschaft arbeiten.

Sicher ist, daß diese "Ausreisewelle" keinem sehr geheuer war, und daß sie eher eine ganz deutlich spürbare bedrückte Stimmung entstehen ließ. Keiner wußte -in der BRD wohlgernekt auch nicht- woran er sich halten soll. Deshalb reagierten viele mit großer Zurückhaltung bei der Einschätzung der Sache.

Jetzt einige Bemerkungen über die Leute selbst, die einen Ausreiseantrag gestellt haben. Nach den Gründen der Ausreise, die bei im Westen durchgeführten Anfragen angegeben wurden, lassen sie sich in zwei Kategorien ordnen.

Die einen erlebten das Leben in der DDR als eine Behinderung für die Entwicklung ihrer Persönlichkeit. Die Unmöglichkeit, außerhalb vom sozialistischen Ausland zu reisen, die Schwierigkeit, aus eigener Initiative etwas zustande zu bringen, die Unmöglichkeit, eine Wohngemeinschaft oder andere alternative Lebensweisen zu erleben, die Fantasielosigkeit des alltäglichen Lebens konnten sie nicht mehr ertragen.

Die anderen wollten im Kapitalismus ihre Chance versuchen, dachten, sie könnten sich da durchschlagen und Karriere machen. Beachtenswert ist in dieser Hinsicht, daß die Mehrzahl der Ausreiseanträge aus den Gegenden der DDR kommen, die das Westfernsehen nicht erreicht und wo die Leute noch eine ungebrochene Idealvorstellung des "goldenen Westens" haben.

Hier ist allerdings zu bemerken, daß eine erhebliche Zahl ehemaliger DDR-Bürger ihre Ausbürgerung heute gerne rückgängig machen

würden. Das hat mehrere Gründe, auf die wir hier nicht eingehen brauchen, die Problematik ist übrigens nicht neu. Aber es zeigt immerhin, daß sich viele Menschen Illusionen über den Westen machen, und daß die Unmöglichkeit, ihn, und sei es auch nur besuchsweise, kennenzulernen, diese Illusionen nur schürt.

Die große Zahl der Ausreiseanträge in der DDR und die dafür meistens angegebenen Gründe zeigen unserer Meinung nach ohne Zweifel eine Schwäche im Erziehungssystem, die zwar teilweise durch das Sicherheitsbedürfnis der DDR zu erklären ist, die aber sehr negative Folgen für den Aufbau des Landes haben kann.

Was die Deutungsversuche dieser "Ausreisewelle" betrifft, so muß von vornherein klargestellt werden, daß wahrscheinlich kein solcher Versuch in der Lage ist, das Ganze zu erklären und zu beleuchten. In der BRD -in der DDR allerdings ebenfalls, wenn auch anders- wurde scheinbar mit Genuß darüber spekuliert, was wohl die Führung der DDR dazu getrieben habe, so viele Leute ausreisen zu lassen.

Die neueste Entwicklung und die Veröffentlichung eines neuen Gesetzes über Zeichen und Symbole, die den Staat gefährden können ( dieses Gesetz ist zwar eigentlich bloß eine Konkretisierung dessen, was schon lange gilt, aber es dürfte trotzdem den Randgruppen und halblegalen Jugendlichen das Leben schwer machen) gibt anscheinend der folgenden Vermutung recht : Die DDR hätte mit der "Ausreisewelle" ihr Protestpotential bzw. eine ganze Gruppe von Störfaktoren loswerden wollen, um dann die Schraube fester drehen zu können und Ordnung in den Reihen zu schaffen.

Diese Auffassung ist aber etwas zu einfach. Denn erstens haben die meisten Menschen, denen die Ausreise bewilligt wurde, keine echte Gefahr für die DDR dargestellt, sondern es handelte sich oft um gut ausgebildete Arbeitskräfte und um Leute, die nichts mit subversiven Aktivitäten zu tun hatten. Und viele, die vom Staat als Störfaktoren empfunden werden, sind geblieben und haben auch keinen Ausreiseantrag gestellt!

Wenn zweitens die DDR-Regierung wirklich härter mit der Bevölkerung umgehen will, dann machen 30'000 nicht wesentlich viel aus.

Drittens, dieses etwas beunruhigende Gesetz ist zusammen mit einem anderen veröffentlicht worden, das den Dreikinderfamilien die gleichen Vorteile garantiert wie bisher den Familien mit vier Kindern und mehr. Es empfiehlt sich also, die beiden Gesetze auch zusammen zu betrachten und nicht zu schnell auf eine wesentlich strengere Disziplin im Lande zu schließen.

Diese zwei Faktoren ("Ausreisewelle" und vermutliche Verhärtung der Innenpolitik) sind unserer Meinung nach anders in Verbindung zu setzen, und zwar beide als Konsequenzen der gespannten internationalen Situation nach der Stationierung, auf unterschiedlichen Ebenen.

Einerseits will die DDR in diesem Zusammenhang eindeutig doch ihren Willen zur Entspannung bezeugen. Denn nur in der Entspannung kann sie sich auch entwickeln, nur in friedlicher Koexistenz mit ihrem kapitalistischen Nachbarn kann sie auch ihre innenpolitischen Probleme lösen. Insofern ist die "Ausreisewelle", die immerhin einen erheblichen Verlust an Arbeitskraft bedeutet, als eine humanitäre Maßnahme, ein Zeichen der Großzügigkeit der DDR-Regierung, zu verstehen.

Andererseits aber wächst gerade das innere Sicherheitsbedürfnis eines Landes, wenn dieses von außen her bedroht ist, was für die DDR ja eindeutig der Fall ist. Deshalb also dieses Gesetz, denn es fehlt ihr auch die Kraft, mit den innenpolitischen Schwierigkeiten "pädagogischer" umzugehen.

## II. Kirchlicher Teil.

Im kirchlichen Teil dieses Berichts möchten wir versuchen, ekklesiologische Fragen der DDR-Kirche zu thematisieren; denn das ekklesiologische Selbstverständnis ist, neben der Beziehung zum Staat, ein sehr bedeutendes Kennzeichen einer Kirche in einem atheistischen bzw. säkularen Staat. Das Verschwinden der "Staatskirche" geschieht zusammen mit dem Absterben der "Volkskirche". Man kann innerhalb der DDR-Kirche genauso eine Spannung, ein grosses Meinungsspektrum in der ekklesiologischen Debatte wie in der Debatte der Staat-Kirche Beziehung verfolgen (diese zwei Probleme hängen auch gewissermaßen zusammen, wie wir sehen werden). Dieses Thema möchten wir anhand neuer Erscheinungen und Analysen in der DDR-Kirche selber behandeln (Stichwort: Andrang der Jugend in die Kirche), die teilweise auf das Lutherjahr 83 zurückgreifen. Es ist außerdem ein interessanter Zufall, daß dieses ekklesiologische Thema im Barmenjahr 1984 auch in der DDR stärker zum Ausdruck kommt, da Barmen einiges unangenehm Kritisches auch an die DDR-Kirche zu sagen hat. Nach einem kurzen historischen Rückblick möchten wir mit einem aktuellen Beispiel das Problem des ekklesiologischen Selbstverständnisses der DDR-Kirche, seine Ursachen und seine Folgen verdeutlichen.

### 1. Historischer Rückblick

Der totale Zusammenbruch von 1945 wurde auch von manchen in der Kirche als kirchlicher Zusammenbruch empfunden. Ausschwitz war auch wegen der kirchlichen Haltung zum Faschismus ermöglicht worden, wegen der Versuchung in der Kirche, Hitler als "Erlöser des Volkes" zu verstehen. In dieser Hinsicht war 1945 die Zerschlagung jeder Hoffnung auf eine "Verkirchlichung" oder "Sakralisierung" der Welt, die in der politischen Haltung der Deutschen Evangelischen Kirche bewußt oder unbewußt mitgespielt hat. Die Säkularisation wurde von vielen Christen als richtige Konsequenz empfunden. Insofern wurde der Weg der Kirchen in der DDR von den "Linken" in West-Deutschland mit Sympathie verfolgt, besonders nachdem es deutlich wurde, daß die Mehrheit in der EKD viel mehr

von einer "Restauration" hielt als von einem "neuen Anfang". Die objektiven gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse in der DDR verhinderten, daß die Restauration innerhalb der DDR-Kirche so stark durchschlug wie in der BRD, und förderten die fortschrittlichen Kräfte in der Kirche. Die objektiven Voraussetzungen für eine Volkskirche waren in der DDR verschwunden, die Säkularisation offizielle ideologische Richtlinie, die Machtfrage geregelt, das "nachkonstantinische Zeitalter der Kirche" offenkundig da. Was wird also mit dieser so plötzlich entstandenen deutschen Minderheitskirche? Nicht nur die Frage nach dem Verhältnis zu einem atheistischen, ideologisch und propagandistisch angreifenden Staat war neu, sondern auch die Frage nach der Umstrukturierung einer Volkskirche in eine Minderheits- bzw. Diasporakirche. Wo wird der Schwerpunkt der Gemeindegarbeit liegen, woraus besteht eigentlich eine Gemeinde, woher wird die notwendige theologische Erneuerung und Neubesinnung geschaffen, usw.?

Während man sich in der BRD zufrieden geben konnte mit der Frage nach der "Erhaltung der Kirche" -weil diese unter Adenauer gefördert wurde-, und trotz der "Überwinterungsmentalität" von vielen in der DDR, mußten sich zwangsläufig die Kirchen in der DDR grundsätzlich mit der Frage befassen: wie kann man Kirche werden im Sozialismus?

Die Geschichte und Schriften der Bekennenden Kirche (BK) spielten natürlich in dieser Zeit eine wesentliche Rolle. Das war das Einzige, worauf man sich berufen konnte. Die Barmer Thesen von 1934 zum Beispiel waren für eine neue Definition und Standortbestimmung der Kirche in einer säkularisierten gesellschaftlichen Umwelt wichtig. Insgesamt ist festzustellen, daß Barmen in den kirchlichen Verfassungen viel positiver und verbindlicher im Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR als in der EKD aufgenommen wurde, wobei besonders die antifaschistische Einstellung der BK und ihr Minderheitscharakter von Bedeutung waren.

Eine offiziell stärkere Bindung zur BK reicht aber nicht aus, um die Position und den Auftrag der Kirche in der DDR inhalt-

lich endgültig zu klären. Das liegt nicht nur daran, daß so ein Udenkprozess schwierig und lang ist, sondern greift auch auf die BK und Barmen selber zurück. Denn es ist zu pauschal, die BK einfach als antifaschistische Tradition zu verstehen. Sie "umfasste" ein ganz breites Spektrum von theologischen, ekklesiologischen, philosophischen und politischen Einstellungen, abgesehen von der Frage, ob sie überhaupt eine politisch aktive Bewegung war ! Das Gleiche kann man in der Debatte um Barmen feststellen. Die Spannungen nach dem Krieg, zum Beispiel zwischen dem "Stuttgarter Schuldbekenntnis" und dem "Darmstädter Wort" machen auch deutlich, daß man sich auf ganz unterschiedlichen Traditionen innerhalb der BK berufen konnte! Außerdem: obwohl sich viele nach dem Krieg eine viel weniger reiche und mächtige Kirche wünschten, eher aber eine "Gemeinschaft von Brüdern" und Schwestern, die die "Ausübung des anvertrauten und befohlenen Dienstes" praktiziert, konnte sich fast niemand diese Kirche auch noch in einer sozialistischen und atheistischen Gesellschaft vorstellen.

Trotzdem haben zahlreiche Pfarrer versucht, von den Ansätzen, die die Barmer Erklärung oder Bonhoeffers Schriften darstellten, eine neue Kirche von der Basis her zu bauen, eine "Kirche für Andere", "Zeugnis und Dienstgemeinschaft", usw... Von diesen Versuchen kann man heute in der DDR noch viele Spuren sehen, besonders in Neubaugebieten, wo die Gemeinde eine andere Struktur hat, wo der Pfarrer seine Autorität delegiert, usw. Daß dabei oft, wie G. Krusche es formuliert, aus einer "strukturellen Not eine theologische Tugend" gemacht wurde, darf aber nicht vergessen werden, und zeigt deutlich das Problem! Denn die Restauration hatte sich auch in den Kirchengipfeln in der DDR durchgesetzt. Die Kirche hatte sich nicht darauf eingestellt, sehr lange unter einer sozialistischen Macht leben zu müssen, und sah deswegen keinen Anlaß, ihre Strukturen entsprechend zu ändern. Im Grunde genommen blieben die volkkirchliche Mentalität und Strukturen im grossen und ganzen bestehen, obwohl das nicht mehr so öffentlich zu sehen war und die Voraussetzungen dafür verschwanden.

Des kann man heute noch daran beobachten, daß das Bezahlen der Kirchensteuer die einzige Überprüfungsmöglichkeit kirchlicher Mitgliedschaft geblieben ist, daß zum Beispiel die überwiegende Mehrheit der vollzogenen Taufen -deren Zahl allerdings weiterhin sinkt- Kindertaufen sind, daß also das Bekenntnisprinzip der Mitgliedschaft eine untergeordnete Rolle spielt, oder daß man noch manchmal seinen Austritt aus der Kirche beim Notariat und nicht beim Pfarrer erklären muß! Außerdem war dieses volkskirchliche Selbstverständnis bei manchen Kirchentagen deutlich spürbar, wie wir es schon im letzten Bericht geschildert haben. Der Eindruck besteht, daß das Lutherjahr einen Zuschuß an Selbstsicherheit, Würdigung und offizieller Anerkennung nur an die Kirche gebracht habe: diese versteht sich jedoch als volksvertretende Größe, die weiterhin einen gesamtgesellschaftlichen Anspruch erhebt, besonders was das kulturelle Erbe betrifft.

Das Unbehagen bleibt also, und wird weder geklärt noch gelöst, wenn überhaupt angesprochen. Die unmittelbaren Gründe sind mehrere: starke Abhängigkeit von der EKD, langsam absterbende konventionelle christliche Mentalität, Reste der "Überwinterrungsmentalität", lebendiger Pietismus, Generationskonflikte in der Kirche, "Notwendigkeit" einer sich gegen den Staat abgrenzenden gesellschaftlichen Größe, usw.

Dieses alte, mal laute mal leise, Problem wird aber seit ein paar Jahren neu aufgeworfen durch die Funktion und die Haltung der Kirche gegenüber gesellschaftlichen und politischen Problemen in der DDR. Ihre Gastfreundschaft gegenüber mehreren gesellschaftlichen Randgruppen hat die Frage der Identität der Kirche erneut gestellt, insbesondere die Frage nach der Kirchenmitgliedschaft.

## 2. Die Randgruppen als kirchliches Problem

Kindertaufe, Jugendarbeit, rechtliche Kirchenmitgliedschaft... Unter diesen Stichworten verbergen sich Probleme für die DDR-Kirche, die in letzter Zeit in der Kirche viel diskutiert werden, und die in ihrer Weise auf das Problem des Selbstverständnisses, der gesellschaftlichen Standortfindung und -bestimmung, ja des "Auftrages" (Barmen VI) der Kirche in der

DDR hin deuten. Das Problem ist folgendes:

Im Gegensatz zu den Anfängen der DDR, wo die Kirche eine Missionskirche war und sein mußte, geschieht jetzt eine Bewegung, die von der Gesellschaft zu der Kirche geht. Während es damals darauf ankam, die kirchliche Stimme in der Gesellschaft hören lassen zu können, ist es heute oft so, daß gesellschaftliche Fragen in die Kirche hinein getragen werden, meistens durch Leute, die sich nicht als Christen bezeichnen, bzw. die kirchenrechtlich nicht zur Kirche gehören, dh. die nicht getauft sind und keine Kirchensteuer bezahlen. Die meisten möchten eigentlich keine enge und dauerhafte Bindung zur Kirche. Sie möchten am kirchlichen Leben nur einen partiellen Anteil haben, sind andererseits nicht selten am aktivsten engagiert für ihre Sache. Die Taufe wünschen nur Einzelne, sie wird öfters als eine zu große Bindung empfunden, die damit zusammenhängenden Ansprüche als eine Überforderung abgelehnt. Diese Leute sind oft schon in Gruppen organisiert, möchten keine Eingliederung in die Gemeinde oder seelsorgerliche Betreuung, sondern Gesprächsmöglichkeiten und Dialogfähigkeit seitens der Kirche. Offenbar haben frustrierende Erfahrungen und Enttäuschungen in der Gesellschaft ein neues Interesse für die christliche Tradition geweckt, besonders für ihre humanistischen Grundlagen, Lebens- und Wertvorstellungen. Die meisten Gruppen beschäftigen sich mit Fragen wie "Erhaltung des Friedens" oder der Umwelt, "Punkers in der Gesellschaft" oder noch "Probleme der Homosexuellen und Lesben".

Diese Gruppen sind nicht nur ein ekklesiologisches, innerkirchliches Auseinandersetzungsmotiv, sie bilden auch insofern einen neuen Aspekt des Staat-Kirche Verhältnisses, als die Mitgliedschaft auch juristisch, und nicht nur theologisch verifizierbar sein muß.

Die kirchlichen Ordnungen (alle aus den 50er und 60er Jahren!) kennen aber nur die Taufe und die Steuer als Kriterien der Kirchenmitgliedschaft. Der Staat hatte sich damals darauf eingestellt, weil er der Auffassung war, daß die Volkskirche

langsam absterben würde, daß also diese Strukturen den Abschrumpfungprozess eher fördern als verhindern würden. Seitdem aber hat er gesehen, daß die Kirche gesellschaftliche Funktionen mitvertreten kann (cf. Luther), überläßt aber weiterhin der Kirche ihre eigene kirchliche Bestimmung. Die Anwesenheit dieser Leute in der Kirche -meist sind es Jugendliche- entspricht aber den traditionellen Kriterien der Mitgliedschaft auch nicht! Deswegen ist es auch ein Problem für den Staat: Im Prinzip gehören sie nicht der Kirche, tagen und arbeiten aber unter ihrem Dach. Dieses Problem ist besonders wichtig und ernst, da er als Horizont eine viel brennendere Frage hat, die den grundsätzlichen Gegensatz zwischen Christen und Marxisten unmittelbar berührt, nämlich die Frage des Menschen, der Erziehung und der Volksbildung. Die Kirche hat seit Jahren um ein Gespräch darüber mit dem Volksbildungsministerium gebeten, bis jetzt aber keine Antwort erhalten.

Es ist nicht unser Thema, die gesellschaftlichen Ursachen dieses Jugendandrangs zur Kirche zu analysieren. (Man könnte sich zum Beispiel fragen, inwieweit diese Bewegung der religiösen Welle der Sekten in manchen westlichen Ländern entspricht oder nicht!) Man kann das grob als ein Generationsproblem bezeichnen. Nicht uninteressant für uns aber ist zu merken, daß dieser Konflikt auch unter Pfarrern besteht. Die Pfarrer, die seit Anfang an in der DDR-Kirche mitgemacht haben, und neue Formen für die Verkündigung des Evangeliums versucht haben, und die später auch Leitungsfunktionen übernommen haben, sehen sich jetzt mit einer Generation von Pfarrern konfrontiert, die nur eine neuaufgebaute Kirche kennengelernt haben, eine Kirche, die wieder attraktiv wirkt oder wirken kann, und die nicht unbedingt ihre Mitglieder suchen braucht.

In ein paar kurzen Bemerkungen möchten wir noch zeigen, wie dieses Problem das Weiterbestehen der volkskirchlichen Mentalität bezeugt, bzw. die Schwierigkeit, eine neue Definition der Kirche zu finden:

Das zögernde Verhalten vieler Gemeinden gegenüber diesen Gruppen zeigt, wie wenig die alten Gewohnheiten vergessen

sind, und wie die neue Situation der DDR wahrgenommen wird. Das volkskirchliche Selbstverständnis der Kirche, die Kirche sei "für alle da", bleibt gültig. Das Problem ist eben, daß so eine Formel eine besondere Gestalt in einer Gesellschaft annimmt, wo die Kirche die einzige nichtstaatliche Institution ist, wo der Atheismus vom Staat her verbreitet wird und wo der Staat nicht mehr ideologisch "neutral" ist. "Für alle da" heißt dann im Endeffekt für alle, die mit der atheistischen Weltanschauung oder der kommunistischen Partei nicht übereinstimmen! Andererseits aber können diese Anfragen an die Kirche seitens der Randgruppen nicht einfach als antisozialistische Subversion verstanden werden: Diese Leute passen nicht in das volkskirchliche Schema, und sie suchen in der Kirche nicht unbedingt nach subversiven Gedankengut, sondern nach gesellschaftlichen und politischen Verantwortungsbewußtsein, nach der praktisch politischen Relevanz der christlichen Botschaft, und nach partnerschaftlicher Mitarbeit in der Gesellschaft anstatt Passivität.

Daß die Kirchen demgegenüber antworten, sie seien nicht "für alle da", ist aber nicht nur darauf zurückzuführen, daß sie die politische Bedeutung dieser Gruppen für die DDR-Gesellschaft durchschauen, sondern auch, daß sie noch in diesen Fragen mehrheitlich als Volkskirchen reagieren, dh. es teilweise ablehnen, auf das gesellschaftliche Gebiet einzugehen, teilweise darin einfach überfordert sind.

Im wesentlichen bringen diese Gruppen die Kirche nolens volens dazu, wie G.Krusche, Generalsuperintendent von Berlin, bemerkte, ihren Platz und ihren "Auftrag" (Barmen VI) in dieser Gesellschaft näher zu bestimmen. Da es keine inhaltlichen Kriterien für die Kirchenmitgliedschaft gibt, ist die Entscheidung, diesen Gruppen gegenüber offen oder nicht offen zu sein, rein kirchenpolitischer oder politischer Art! Das ekklesiologische Problem der Kirchenmitgliedschaft deckt eigentlich das der Kirche in der DDR auf! Denn man kann aus den verschiedensten ekklesiologischen, theologischen oder politischen Gründen für oder gegen die Aufnahme gesellschaftlichen Randgruppen in die Kirche antreten.

- Viele traditionell volksskirchliche Reflexe sprechen dagegen: "es geht uns nicht an", "wir sind nicht kompetent", "Christus allein ist unsere Sache"... Viele politische aber auch: "die Kirche hat nicht das Recht dazu", "dem Staat allein ist die Volksbildung bzw. die Lösung gesellschaftlicher Probleme überlassen". Viele theologische auch: "wer nicht getauft ist, kann nicht der Kirche gehören".
- Umgekehrt aber kann man auch Gründe dafür hören, die sich auf das volksskirchliche Denken berufen: "Kirche ist für alle da, besonders für die Schwachen und Isolierten", "Vertrauen gegenüber den unbeliebten Randgruppen wagen"... Oder politische Gründe: "dem Staat muß man zeigen, daß die Kirche besser mit den 'Asozialen' auskommt als er", "diese Gruppen sind Resultate und Opfer der atheistischen und sozialistischen Erziehung"... Oder noch theologische Gründe: "der Auftrag der Kirche ist, Mission zu treiben"...

Das Unbehagen der Kirche mit diesen Randgruppen hängt also zusammen mit dem Selbstverständnis, das Kirche in der DDR von ihrer Arbeit hat: warum öffnet sie sich oder öffnet sie sich nicht Gruppen, die ein Problem für die Gesellschaft darstellen? Um sie in die Kirche eintreten zu lassen, um mit von den Staatsorganen Enttäuschten zu arbeiten oder um der Gesellschaft zu dienen ?

Das ekklesiologische Problem, das durch diese Gruppen wieder auftaucht, zeigt, daß die alten verschwindenden volksskirchlichen Strukturen noch durch keine guten anderen ersetzt worden sind. Die Formel "Kirche im Sozialismus" bedeutet in dieser Hinsicht eher eine Absage an die Vergangenheit und Annahme des neuen Ortes der Kirche als den Inhalt ihres Auftrages, eine positive gesellschaftliche Standortfindung. Die neuen Leitlinien der 60er und 70er Jahre über die "missionarische Gemeinde" oder die Kirche als "Dienst und Zeugnisgemeinschaft" haben "keine institutionsbildende Bedeutung gewonnen und daher auch keine kirchenrechtlichen Konsequenzen gehabt" (G. Planer- Friedrich)

Das Problem ist nicht, daß es keine Pfarrer oder Gemeinden gibt die diese Arbeit mit den Randgruppen konstruktiv für die Gesellschaft zu gestalten versuchen. Das gibt es durchaus (z.B. in der Betreuung von Homosexuellen und Lesben, was eine Arbeit ist, die im Moment ein sehr großes Echo innerhalb der Kirche und in der DDR findet). Das Problem ist viel mehr, daß es für solche Arbeit keine kirchenrechtliche Basis<sup>gibt</sup>, weil die Bestimmung der Kirchenmitgliedschaft der Position der Kirche in der DDR nicht mehr entsprechen.

Die Erfahrungen im Lutherjahr, besonders das neue Bild Luthers in marxistischer Sicht und das geäußerte Interesse des Staates an einer größeren Mitverantwortung der Kirche in bestimmten Teilen des gesellschaftlichen Lebens, werden die Kirche immer dringender zu der Aufgabe führen, eine inhaltliche Füllung ihrer Position in der DDR und ihrer eigenen Strukturierung abzugeben, über die Formel "Kirche im Sozialismus" hinaus. Der Mangel an einheitlichen und klaren Antworten auf diese beiden Fragen hindert sie bisher daran, eine befriedigende Lösung für das Randgruppenproblem zu finden.

Während der Verhandlungen für die Gründung der Vereinigten Evangelischen Kirche wurde dieses Problem bereits angesprochen und die Möglichkeit eines "Gastrechtes" in der Gemeinde erwähnt, die die missionerische Offenheit der Kirche verdeutlichen soll. Diese Idee ist aber anscheinend mit dem VEK-Projekt begraben worden ...

1. Das Scheitern der VEK

Im April dieses Jahres hat die Berlin-Brandenburgische Synode (Ost) ein Projekt wehrscheinlich endgültig begraben, das so-wieso kaum Aussichten hatte, nämlich die Gründung der Vereinig-ten Evangelischen Kirche in der DDR (VEK), die die Teilung des jetzigen Bundes in VELK und EKU aufheben sollte. Dieses Pro-jekt, das eigentlich seit der Gründung des Bundes 1969 im Ge-spräch war, und das durch die Leuenberger Konkordie 1974 emp-fohlen wurde, sah eine verbindlichere Zusammenarbeit zwischen VELK und EKU als bisher im Bund. Die VEK sollte zwar keine Zentralkirche werden, aber auch nicht mehr nur Gemeinschafts-instrument bleiben. Sie sollte ihren Eigenwert haben, und übergreifende Zuständigkeiten erhalten, z.B. kirchliche Aus-bildung, Gottesdienstordnung usw. Der Gedanke, eine in einem zentralistisch-demokratischen Staat wie der DDR strukturell gesprächsfähigere Kirche zu bilden, spielte dabei eine wich-tige Rolle. Dieses Projekt ist an der Ablehnung der EKU-Lan-deskirchen gescheitert. Man kann dafür folgende Gründe nennen:

- Die VEK hätte bedeutet, daß die fünf EKU-Landeskirchen ge-genüber den drei lutherischen Landeskirchen (Sachsen, Thü-ringen und Mecklenburg) weniger Einflußmöglichkeiten bekom-men hätten als bisher, weil die Synodensitze proportionell zwischen VELK und EKU hätten verteilt werden sollen. Die VELK-Landeskirchen haben ja die meisten Mitglieder.
- In Berlin-Brandenburg ist die EKU für Ost- und West-Berlin zuständig. Die VEK hätte aber eine klare Trennung und die Gründung einer besonderen Kirche in West-Berlin bedeutet, was für viele Berliner unannehmbar war.
- Nicht unwichtig waren die Reserven gegenüber einer doch mehr zentral organisierten Kirche. Da der Staat wahrschein-lich die VEK begrüßt hätte, hat sich der kirchliche Födera-lismus umso problemloser durchgesetzt.
- Entscheidender war aber die Bekenntnisfrage. Ausschlaggebend war die Ablehnung durch die VELK-Landeskirchen, das Barmen-bekenntnis als verbindliches Bekenntnis für die VEK anzuer-

kennen, und das ausgerechnet im Barmenjahr 1984 ! Die EKU konnte unter diesen Umständen nicht der VEK-Gründung zustimmen.

Man kann natürlich bedauern, daß eine strukturell und bürokratisch vereinfachende Lösung des Kirchenbundes in der DDR, wie es die VEK darstellte, abgelehnt wurde, zumal/diese Struktur- und Machtfragen innerhalb der Kirche den meisten Christen unbegreiflich und für sie uninteressant sind. Andererseits aber wäre in der jetzigen Situation eine noch stärkere Kirche nicht sehr günstig in der DDR. Ausserdem ist es äusserst problematisch, daß das einzige antifaschistisch orientierte christliche Bekenntnis, nämlich Barmen 1934, nicht verbindlich für die Christen aufgenommen wird, die in der DDR leben.

## 2. Studienreise nach Ungarn

Anfang April sind wir mit einer Gruppe der ESG-F.U. von West-Berlin auf Einladung des Bischofs der Reformierten Kirche Ungarns nach Budapest gefahren. Ein einwöchiges Programm war für uns vorbereitet, das im wesentlichen aus kirchlichen Kontakten bestand: Professoren, Synode, Ökumenischer Rat, usw.. In ein paar Sätzen möchten berichten, was uns dabei aufgefallen ist, besonders im Vergleich mit der DDR.

Unseren Erfahrungen nach besteht ein grosser Widerspruch zwischen der öffentlichen Darstellung der Staat-Kirche Beziehung und dem praktischen Leben von Christen oder Pfarrern in der Gesellschaft.

Offiziell gesehen sind die Beziehungen zwischen Staat und Kirche hervorragend, viel reibungsloser wenigstens als in der DDR, z.B.: das geht bis zur Anwesenheit von Bischöfen im Parlament als Abgeordneten der Kirche. Gespräche zwischen Christen und Marxisten sind die Regel, und nicht nur auf sachbezogene Themen begrenzt: gemeinsam von Christen und Marxisten geführte Rundfunksendungen über "das Glück des Menschen", Fragen der Anthropologie, Hilfe der Kirche in Erziehungsproblemen mit Jugendlichen, usw.. Das Klima ist wirklich gut, und von beiden Seiten mit gutem Willen gefördert. Die Reformierte Kirche war ja die erste Kirche, die bereits 1948 ein Konkordat mit dem Staat abschloß, was gleichzeitig das Ende ihrer Benachteiligung und Verachtung im sonst stark katholischen Ungarn bedeutete. (Wir wurden übrigens den Eindruck

nicht los, daß man heute noch lieber mit einem Marxisten als mit einem Katholiken spricht !). Solche positive Erscheinungen gibt es viele in Ungarn, und nicht zuletzt in der sogenannten "Theologie des Dienstes" oder "der Diakonie", die von protestantischer Seite nach dem Krieg entwickelt wurde, unter dem Einfluß von Barthschülern und "Bekennenden Christen".

Andererseits aber ist uns auch sehr stark aufgefallen, wie uninteressiert (und teilweise auch schlecht informiert) viele Christen und Theologen für ihr eigenes Gesellschaftsleben sind, als ob sie gesondert von der Welt leben würden. Wenn man von den innerkirchlichen Problemen absieht, war kaum Interesse für die Probleme der Gesellschaft zu spüren, geschweige denn von inhaltlichen Auseinandersetzungen mit der Wirtschaftspolitik der Regierung z.B., die doch unter den sozialistischen Ländern sehr eigen ist. Es scheint aber ein gesamtungarisches Problem zu sein, daß die Leute sich kaum für das öffentliche Leben oder die internationale Politik interessieren, und nur an eigenem Profitmachen Lust haben. Diesen Unwohlgefühl entspricht es auch, daß diese "Theologie der Diakonie" irgendwie eine sehr schnelle Antwort auf eine unbewältigte Vergangenheit vor und während des Krieges darzustellen scheint, die auch geeignet war, das Ansehen der protestantischen Kirchen steigen zu lassen. Der allgemeine Stil der Kirche, die Stimmung mancher Gespräche, das Verhalten der Professoren oder beratender Gremien, der Stil des Theologiestudiums wie auch eines Pfarrerslebens haben uns irgendwie an manche konservative Tendenzen der Schweizer Kirchen... vor zwanzig Jahren erinnert ! Hoffentlich ist nicht nur Calvin daran Schuld...!

Berlin, den 18. Juni 84

